

7. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Teilt der Bundesminister des Auswärtigen die sicherheitspolitische Bedrohungsanalyse des Bundesministers der Verteidigung (Handelsblatt, 26. Februar 2013), wonach die Bedrohung Israels durch den Iran das Hauptkriterium für die Genehmigung von Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien und die Golfstaaten sei und menschenrechtliche Erwägungen deshalb zurückstehen müssten?

**Antwort des Staatsministers Michael Link
vom 19. März 2013**

Für die Bundesregierung bleiben die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ sowie der „Gemeinsame Standpunkt der EU für die Ausfuhrkontrolle von Militärgütern und Militärtechnologie“ zentrale Ausgangspunkte für die Kontrolle von Rüstungsexporten. Dies gilt auch für Ausfuhren in die von Ihnen angesprochene Region.

In der Regierungsbefragung am 27. Februar 2013 im Deutschen Bundestag habe ich ausgeführt, dass die laufenden Verhandlungen mit Iran über sein Nuklearprogramm im Rahmen der E3+3 und die Frage möglicher Lieferungen von Rüstungsgütern an wichtige Sicherheitspartner in der Region getrennt voneinander zu betrachten sind. Hierin sehe ich keinen Widerspruch zu der von Ihnen erwähnten Aussage des Bundesministers der Verteidigung.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

8. Abgeordneter
Wolfgang Hellmich
(SPD)
- Wie viele Fälle der letzten zehn Jahre sind dem Bundesministerium des Innern bekannt, bei denen aufgrund der Verletzung der Verkehrssicherungspflicht der Vereine, z. B. durch Abpralle vom aus Hartholz gefertigten Korpus der Vogelziele, Besucher der Schützenfeste zu Schaden gekommen sind?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder
vom 21. März 2013**

Im Bundesministerium des Innern werden keine Statistiken hierzu geführt. Eine Richtlinie, wie die Schießstandrichtlinie, die insbesondere vorrangig der Gefahrenabwehr dient, ist in gewissen Abständen an die jeweiligen Erfordernisse anzupassen.